

Grüne Fraktion mit neuem Vorstand

Zum Abschluss der Sommerpause traf sich die neu konstituierte Landtagsfraktion der GRÜNEN für eine zweitägige Arbeitsklausur in Essen. Die 39 Abgeordneten diskutierten die Arbeitsschwerpunkte der kommenden Monate, organisierten ihre Arbeitskreise und bestimmten ihre Sprecherinnen und Sprecher für die Landtagsausschüsse. Darüber hinaus stand auch die Wahl des neuen Vorstands an: Die Fraktion wählte als Doppelspitze Verena Schäffer und Wibke Brems zu ihren Vorsitzenden. Zur Fraktionsgeschäftsführerin wurde Norika Creuzmann gewählt, im Amt als Parlamentarischer Geschäftsführer wurde Mehrdad Mostofizadeh bestätigt.

Als neue stellvertretende Vorsitzende wurden Dr. Julia Höller, Norwich Rübe, Michael Röls und Gönül Eglence gewählt. Zum erwei-



terten Fraktionsvorstand gehört zudem Landtagsvizepräsidentin Berivan Aymaz.

Der frisch gewählte Vorstand (siehe Foto) mit neuen und erfahrenen, jungen und älteren Frauen und Männern freut sich sehr über die Wahl und auf die Arbeit mit und für die bisher größte GRÜNE Landtagsfraktion.

Nun sind wir gut aufgestellt und bereit, die Herausforderungen für Nordrhein-Westfalen anzugehen und das Land in der neuen Legislaturperiode nachhaltiger, krisenfester und gerechter zu machen.



Impfpflicht für Pflegepersonal und Ärzte aufheben

Die FDP-Landtagsfraktion setzt sich dafür ein, die Impfpflicht für Personal in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen aufzuheben. Mit den Omikron-Varianten hat sich das Infektionsgeschehen maßgeblich verändert. Eine Impfung kann bei Omikron im Gegensatz zu vorherigen Varianten wie Delta weder eine Infektion von Geimpften noch die Ansteckung von Dritten ausschließen. Der beabsichtigte Schutz von vulnerablen Personengruppen wurde damit im Vergleich zum Zeitpunkt des Beschlusses der Impfpflicht erheblich reduziert. „Die einrich-



Henning Höne (FDP)

tungsbezogene Impfpflicht bleibt ein umstrittenes und sensibles Thema. Es wachsen weiter Zweifel an der Angemessenheit. Auch ist die Umsetzung mit erheblichem bürokratischem Aufwand verbunden“, erklärte der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion Henning Höne. So stand seit April in Nordrhein-Westfalen für mehr als 20.000 Beschäftigte eine Einzelfallprüfung durch das jeweilige Gesundheitsamt an.

Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann hat die einrichtungsbezogene Impfpflicht infrage gestellt. Eine konkrete Initiative der

Landesregierung blieb jedoch aus. „NRW-Gesundheitsminister Laumann sät in der Öffentlichkeit mit seinen gemischten Signalen Zweifel an dieser Maßnahme. Aber er unternimmt nichts für die Abschaffung. So kann man keine Politik machen. Ich erwarte ein klares Signal dieser Landesregierung, sich für die Abschaffung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht einzusetzen“, betonte Henning Höne. Darüber hinaus soll die Aufklärung über Impfungen, ihre Schutzwirkung und die Bedeutung einer Immunisierung der Bevölkerung fortgesetzt werden.



Standortnachteil: Regierung



Dr. Martin Vincentz (AfD)

Egal ob „Coronakrise“, „Klimakrise“ oder „Ukraine-Krise“: Man hat zunehmend den Eindruck, dass die Regierung Gefallen am Krisenmodus als legislativem Handlungsumfeld gewinnt. Zu leicht lässt sich mit der Angst Politik machen. Die „Lösung“ scheint dabei oft schon vor dem Problem festzustehen.

„Aber die Krise trifft uns alle gleichermaßen“, wenden Politiker bemüht nahbar ein. Wirklich? Nein. Alle sind gleich, aber manche sind nach Orwell nun mal „gleich“. „Die Krise“ ist hierzulande stets ein Konjunkturprogramm für linksgrüne Transformationspolitik. Deren Verfechter haben in warmen Amtsstuben und Parlamenten wenig auszuhalten. Für den Mittelstand ist sie dagegen existenzbedrohend.

Das geht auch aus einem internen Schreiben des Präsidenten des Deutschen Industrie-

und Handelskammertages (DIHK), Peter Adrian, hervor. Er schlägt Alarm: „Aktuell verliert Deutschland. Die Energiepreise explodieren, viele Rohstoffe sind knapp und wegen der nachlaufenden Lieferschwierigkeiten durch Corona haben wir es zusätzlich mit Versorgungsengpässen bei Halb- und Fertigwaren zu tun.“

NRW ist als Industrieland auf einen stabilen Exportmarkt und verlässliche Energie angewiesen. Wir können uns weltfremde Politik als Standortnachteil nicht länger leisten. Es braucht einen echten Wandel und zwar jetzt.

